wie es nun dieses Mantelgesetz einmal darstellt, vor Ihnen in der Berichterstattung zu referieren. Ich hoffe dennoch, daß Sie mir ob dieses Ergebnisses ein wenig zuhören.

Wenn Sie der Rechtsausschuß heute auffordert, der von ihm nach der Überweisung durch dieses Hohe Haus vorgelegten Fassung des ersten Mantelgesetzes Ihre Zustimmung zu erteilen, ist er sich nicht nur der begeisterten Stellungnahme und der bejahenden zustimmenden Erklärung einer Reihe von Ausschüssen und Fraktionen sicher, sondern er weiß sich auch von der Verantwortung getragen, daß dieses gewaltige Werk des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gelingen möge.

Unser Ministerpräsident und der Bundeskanzler haben den berühmten Zipfel des Mantels der Geschichte ergriffen, um daraus deutsche und europäische Geschichte zu machen. So hat es Herr Friese im „Rheinischen Merkur“ geäußert. Damit hätte ich meine Überleitung zum Mantelgesetz.

Dieses Mantelgesetz vermag dem Anliegen, das ich eben nannte, in der Intention der Anlage 2 voll Rechnung zu tragen.

Die Damen und Herren der PDS-Fraktion meinen zwar, daß durch dieses Mantelgesetz Blanko-Vollmachten für die Regierung erteilt werden, wenn sie in Abstimmung mit den Bundesbehörden Rechtsetzungsbefugnis wahrnehmen würde, und sie sehen darin einen Widerspruch zu Art. 48 der Verfassung der DDR.

—<Sie müssen aber selbst in ihrer Stellungnahme an den Rechtsausschuß einräumen, daß dieses Mantelgesetz erforderliche inhaltliche und formale Abweichungen der in der DDR künftig geltenden BRD-Gesetze notwendig macht, weil nämlich - wie sie meinen - gegenwärtig die ökonomischen Grundlagen bei uns nicht herausgebildet sind, um die Gesetze voll anwenden zu können.

In der Argumentation werden vielfache Beispiele der Rechtsgeschichte übersehen, wo bewährtes ausländisches Recht in vielen Fällen in nationales Recht übernommen wurde und dabei auch eine volle Rechtsgültigkeit erlangt hat, ohne daß in irgendeiner Weise Souveränitätsrechte des übernehmenden Staates aufgegeben wurden.

Bei der Abfassung der Argumentation zum § 5 dieses Gesetzes vergißt die PDS allerdings die Tatsache, daß es sich hierbei nur um eine Rechtsanwendungsklausel handelt, die ausdrücklich nach der Rechtswahl durch die benannten Behörden eine Sanktionierung der Übernahme der rechtlichen Bestimmungen - und das wurde eingefügt - durch Rechtsvorschriften erforderlich macht.

Zweitens: Nach Prüfung eines Hinweises vom Haushaltsausschuß zu § 1 Abs. 2 wird die Veröffentlichung im Gesetzblattsonderdruck trotzdem für die zweckmäßigste Lösung gehalten. In Abstimmung mit der Redaktion des Gesetzblattes und unter Beachtung der erweiterten Auflagenhöhe und der dadurch erreichbaren Streubreite wird es für zweckmäßig gehalten - da auch die Möglichkeit des Gesetzblattsonderdruckes eine buchbinderische Verarbeitung zuläßt -, diese Form der Veröffentlichung zu finden. Durch diese Form der Veröffentlichung werden auch gleichzeitig Wünsche vom Ausschuß Handel und Tourismus erfüllt.

Drittens: Der vom Finanzausschuß angetragene Änderungsvorschlag zum § 3 Abs. 2 konnte nicht berücksichtigt werden, weil der eindeutige Gesetzestext nur solche Aufgaben benennt, die schon im Verantwortungsbereich der Länderregierung der Bundesrepublik sind und deshalb durch die Bezirksbehörden wahrgenommen werden müssen.

Soweit in der DDR - und das ist insbesondere im Zoll- und Finanzwesen der Fall - noch zentrale Regelungen durch die zentralen Organe erfüllt werden, gilt dies bis zur Bildung von Oberfinanzdirektionen auf der Länderebene.

Viertens: Mit der im § 3 Abs. 6 und 7 vorgelegten Änderung wird erreicht, daß Verweise zur Zivilprozeßordnung und zum Konkursverfahren im Mantelgesetz nicht wiederholt auftreten.

Deshalb können in verschiedenen folgenden Gesetzen und Bestimmungen, so u.a. im § 7 Ziffer 2 und 3 usw., die diesbezüglichen, in der ersten Fassung noch enthaltenen Verweise auf die beiden gesetzlichen Bestimmungen entfallen.

Fünftens: Dem Hinweis zum § 6 des Finanzausschusses, wonach eine Übernahme des in dieser Bestimmung genannten Gesetzes geregelt wird, konnte nicht gefolgt werden. Der Vorschlag wird berücksichtigt und bei einer eventuellen Änderung des Bundesbankgesetzes berücksichtigt, soweit das überhaupt machbar ist.

Sechstens: Die Änderung zum § 7 Abs. 2 ergibt sich aus der redaktionellen Neufassung des § 3 Abs. 6 und 7.

Der § 14 wurde redaktionell überarbeitet, ohne eine inhaltliche Änderung vorzunehmen. Dadurch wird nach Auffassung des Rechtsausschusses eine bessere und überschaubarere Regelung erreicht.

Eine vom Ausschuß Tourismus angestrebte Änderung und dabei aufgetretene Forderung des § 24 Abs. 2 des Gesetzes über die Wettbewerbsbeschränkungen wurde vom Ausschuß nicht in die Vorlage des Gesetzes eingearbeitet. Mit dieser Forderung war angestrebt worden, daß ein Zusammenschluß von Handelsunternehmen untersagt sei, wenn 25 % des Einzelhandelsumsatzes im kommunalen Verantwortungsbereich überschritten werden.

Unabhängig von der recht unkorrekten Formulierung, da die Definition „kommunaler Verantwortungsbereich“ sehr weit gefaßt ist, wird die Meinung vertreten, daß durch die normale allgemeine Regelung des § 24 Abs. 2 auch dieser Sonderfall hinreichend erfaßt ist.

Zur Regelung des § 24 insgesamt sei gesagt, daß diese aus dem BRD-Recht übernommene Bestimmung ein sehr kompliziertes Verfahren beinhaltet. Die Übernahme des BRD-Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für die DDR trägt selbstverständlich in der hier vorgelegten Fassung, die die Volkskammer mit dem Mantelgesetz zu beschließen hat, vorläufigen Charakter und ist deshalb zeitlich begrenzt auf die staatliche Existenz der DDR.

Deshalb wurden auch die §§ 24 bis 24 c des oben genannten Gesetzes der BRD in eine für den Übergang vereinfachte Form gebracht.

Die Untersagungsbestimmung, in Absatz 2 für den Zusammenschluß von Unternehmen nach Absatz 1 des § 24 als Kann-Bestimmung formuliert, kann mit der in der DDR erforderlichen Untersagung möglich gemacht werden.

Die Fristenregelung ist so verändert worden, daß in der DDR Zusammenschlüsse innerhalb einer Frist von zwei Monaten und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen auch noch innerhalb von vier Monaten möglich sind.

Die Übernahme der BRD-Fristenregelung würde sich unseres Erachtens in der gegenwärtigen Situation investitionshemmend auswirken.

Ein Vorschlag in Ziffer 6 dieses Gesetzes zum § 14 des Wirtschaftsausschusses wurde befolgt, weil hier mit Recht festgestellt wurde, daß die dort genannten Beträge weit über die Regelung des Gesetzes in der Bundesrepublik hinausgingen.

Die Anpassung deshalb von 100 Mio auf 50 Mio im Abschnitt 2 und im Abschnitt 3 von 20 Mio auf 10 Mio ist gerechtfertigt.

Verweisen möchte ich auf § 18 Abs. 6. Hier ist eine zum GmbH-Gesetz enthaltene und geforderte Übergangsbestimmung enthalten. Diese Übergangsbestimmung sichert auch in der hier vorgelegten und abgeänderten Form, daß die noch nicht eingetragenen, aber bereits angemeldeten GmbH die Möglichkeit haben, noch nach alter rechtlicher Regelung, insbesondere soweit es die Höhe des Stammkapitals betrifft, bewertet werden können.